

Volkswacht

für Schlessen

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugpreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition Gluckstraße 4/6, durch die Geschäftsstellen der „Volkswacht“, Neue Graupenstrasse Nr. 6 und Neue Graupenstrasse 11, durch die Zweigstellen, Zigarettengeschäft Reichelt, Zeltenstraße 14, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. Bezugpreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,32 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn. 8,40 Rmt. monatlich 1,35 Rmt. + 25 Pf. Trägerlohn + 1,70 Rmt. Durch die Volkswacht-Zustellungsgebühren 2,00 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 3852.

Anzeigenpreis: Je Zeile pro Tag für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Geschäftsstellen, Vereins-, Verleihungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Gluckstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Englands Chinapolitik wechselt.

Nach der Abwendung Chiang Kai Scheks von Rußland.

London, 9. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der englische Außenminister gab am Montag im Unterhaus auf eine Anfrage des Abgeordneten Kennworthy der Arbeiterpartei eine Erklärung über China ab, die einen neuen Frontwechsel der offiziellen britischen Chinapolitik anzeigt und einen ausgesprochenen Rückzug der britischen Diplomatie bedeutet, dessen Hauptursachen wohl in der Isolierung Großbritanniens in den Verhandlungen mit den Mächten über eine neue Note an Tschen und in den von Chamberlain angegebenen Gründen selbst wird gesucht werden müssen. Chamberlain erinnerte zunächst an die fünfjährige Note an Tschen und stellte fest, daß die Antimilitaristische Note unzufrieden gemacht gewesen sei. Sie sei den wichtigsten Problemen ausgewichen und hätte fast dessen nur Neben-sächliches enthalten und die üblige Propaganda wieder gegeben. Seit den Vorgängen in Nanking habe sich jedoch die Lage in China vollständig geändert. Die einseitige Süd-Regierung existiere nicht mehr und Tschen und seine Anhänger seien heute wenig mehr als nur ihn und seine private Meinung. Er spreche heute weder für die Freiheitsbewegung Chinas noch für die Kuomintangpartei. Vor nicht ganz zwei Monaten habe es noch so ausgesehen, als ob die Kuomintangpartei China vom Norden bis zum Süden beherrsche. Der kaiserliche Botschafter sei aber zum Falken gekommen und was das Wichtigste sei, die Kommunisten und ihre ausländischen Ratgeber seien heute in ganz China in Miskredit geraten.

Ungeachtet dieser Vorgänge habe die Bestrafung wegen Mord ein ganz anderes Gesicht bekommen. Die wirklichen Schuldigen, die kommunistischen Agitatoren, seien von den chinesischen Nationalisten selbst mit einer Strenge bestraft worden, die keine auswärtige Macht hätte anwenden können. In Kanton und anderen Städten seien die extremistischen Organisationen zurückgewiesen und ihre Führer hingerichtet worden. Die Persönlichkeiten in hohen Stellen, die in Nanking verantwortlich gemacht worden, wären mit einer Schnelligkeit und Vollständigkeit bestraft worden, die kaum erwartet wurde. Eine neue Kuomintangregierung sei in Bildung begriffen und die Mäßigung der Mächte sei von dem Wunsche diktiert, diese neue oder irgendeine andere Regierung nicht in ihrer Aufgabe der Schaffung von Ruhe und Ordnung zu behindern.

Was die Frage der Rückeroberung der Konzeffion Hankau anbelange, so habe die britische Regierung einem solchen Schritte aus Gründen der Logik und Gerechtigkeit zunächst sympathisch gegenübergestanden, nach reiflicher Überlegung habe sie sich jedoch entschieden, einen derartigen Schritt nicht zu tun und sie hoffe, daß sie hierzu auch in Zukunft nicht genötigt sein werde. Zusammenfassend stellt Chamberlain die jetzige Chinapolitik Großbritanniens wie folgt dar: Die britische Regierung habe beschlossen, weder wegen der Vorgänge in Nanking noch wegen der Nichtbefolgung des Hanlauer Abkommens irgendwelche Sanktionen zu unternehmen. Sie werde keine neue Note an Tschen richten, müsse sich jedoch im übrigen volle Handlungsfreiheit für die Zukunft vorbehalten.

Gen. Radbruch gegen die Strafrechts-„Reform“ des Bürgerblods.

In der „Vossischen Zeitung“ nimmt heute früh unser Parteigenosse Prof. Radbruch, der berühmte Strafrechtslehrer und frühere Reichsjustizminister, der 1922 den ersten Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches vorlegte, das Wort zu den weiteren Schicksalen dieser Schöpfung unter seinen bürgerlichen Nachfolgern. Er schreibt u. a.:

„Die Strafrechtsreform scheint auf schiefer Ebene mit jüngerer Geschwindigkeit herab zu gleiten.“

Im Herbst 1922 wurde der erste amtliche Entwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch dem Reichskabinett vorgelegt. Als er im Herbst 1923 endlich wieder zum Vorschein kam, war die in ursprünglichen Entwurf befestigte Todesstrafe wieder hergestellt, ebenso die Zuchthausstrafe, deren Ertrag durch erschwerte Gefängnisstrafe jener Entwurf vorgezogen hatte, nebst ihren Reichsverwirklichungsfolgen, waren im Besonderen Teil die privilegierenden Bestimmungen über den Zweikampf, die Strafbestimmung gegen die einfache Naderastie, die Strafbestimmung gegen den Ehebruch wieder aufgenommen. Dennoch konnte in einer Besprechung dieser Änderungen damals gesagt werden, daß sie, wie wichtig auch immer, doch nur Einzelfragen betreffen, und die tiefer liegende Genugtuung über die endlich erreichte erste Station des großen Gesetzgebungswerts nicht zu mindern vermögen.“

Heute, wo die zweite Station erreicht ist, wo der Entwurf den Reichsrat passiert hat, vermögen wir diese Worte leider nicht zu wiederholen. Das Fortschreiten an dem Entwurf von 1922, das im Reichskabinett begonnen hat, hat im Reichsrat seinen Fortgang genommen. Es trifft schon nicht mehr nur Einzelheiten, sondern den Geist des Entwurfs. Der Entwurf hat eine Kulturbildung erfahren, die ihn der Auffassung der Strafe als Bestrafung wieder annähert.“

Radbruch bespricht dann die Einzelheiten des jetzt vorliegenden Entwurfs ausführlich und unter Darlegung seiner persönlichen Ansichten, zum Beispiel in der Frage des Heberzeugungsvorwurfs. Besonders hebt er hervor:

„Die Strafbarteit höher Vorbereitung zum Hochverrat, in ihrer Gefährlichkeit durch die neuerliche Rechtspflege des Reichsgerichts doch wahrlich hinreichend getenn-

zeichnet, hat von neuem Aufnahme gefunden. Das normale Verbrechen der Staatsverleugnung feiert eine frühe Auf-erweckung. Der Tatbestand der Versammlungsprengung, der vor einigen Jahren aus erbitterten Parlamentsverhandlungen schwer beschädigt und bis zur Bedeutungslosigkeit entkräftet hervor-ging, ist dennoch wieder erneuert worden. Sogar die Unzu-ucht mit Tieren, ein Vorgang, den man wirklich lieber in alle Schleiter des Geheimnisses hüllen als in den Lichtegel einer Gerichtsverhandlung rücken sollte, ist von neuem ausgegraben. Und mit geradezu monomanischer Hartnäckigkeit wird, wo nur irgend eine entfernte Gelegenheit dazu ist, der Religionsgesellschaften gebauet.“

Zusammenfassend urteilt er schließlich in Übereinstimmung mit einer auch in der „Volkswacht“ sei Erscheinung des Entwurfs vertretenen Stellungnahme:

„Aus dem Allgemeinen Teil ist aber beinahe alles verzahnd, was uns den Entwurf bisher be-greifenswert erscheinen ließ und uns keine unaußersparen Gefahren hätte in Kauf nehmen lassen. Die Reichsregierung muß sich bemühen, daß die Verabschiedung des Strafgesetzbuches in der kurzen Zeit, die diesem Reichstag noch vergönnt ist, nur dann möglich ist, wenn bei allen größeren Parteien der gute Wille dazu besteht. Der Herr Reichsjustizminister wird gut tun, vor der Einbringung des Entwurfs festzustellen, welche Mindest-forderungen die Parteien stellen, sich schlüssig zu werden, inwieweit er diesen Forderungen Rechnung tragen kann, und Klarheit darüber zu gewinnen, ob er bei der danach gegebenen Sachlage auf die willige Mitarbeit aller großen Parteien rechnen kann. Sollte diese Voraussetzung nicht gegeben sein, so muß dringend darauf gewarnt werden, den Entwurf noch vor die-sen Reichstag zu bringen.“

Ein Erfolg Preußens gegen das Reich vor dem Staatsgerichtshof.

Preußen beantragte vor Monaten, an Stelle des verstorbenen Geheimrats Arnold ein preussisches Mitglied im Ver-waltungsrat der Reichseisenbahngesellschaft zu be-nennen. Die Reichsregierung lehnte diesen Antrag jedoch ab und delegierte den Reichstangler a. D. Dr. Luther in den Verwaltungsrat. Preußen bestand aber auf seinem Antrag und begründete ihn damit, daß auch Sachsen und Bayern je ein Mit-glied im Verwaltungsrat der Reichseisenbahngesellschaft benannt hätten. Außerdem belege Ziffer 4 des Staatsvertrages, daß Preußen ein Recht auf eigene Vertreter im Verwaltungsrat der Reichseisenbahngesellschaft hat. Der Staatsgerichts-hof hat dem mit folgendem Urteil Rechnung getragen:

„Auf Grund Ziffer 4 zur Auslegung des Staatsvertrages über den Uebergang der Staatseisenbahn auf das Reich vom 30. April 1920 und der dann von dem Reichsverkehrsministerium am 25. April 1924 abgegebenen Erklärung hat Preußen gegen-über dem Reich ein Mitglied zum Verwaltungsrat der Deutschen Reichseisenbahngesellschaft zu benennen.“

Das Reichskabinett wird sich mit den Konsequenzen dieses Urteils befassen, sobald dessen Wortlaut offiziell vom Staats-gerichtshof übermittelt ist. Es dürfte ihm nach diesem Spruch nichts anderes übrig bleiben, als Luther oder einen anderen Ver-treter des Reichs zurückzugeben.

Sozialdemokratische Mikrowirtschaft in Preußen gibt es nicht.

Bekämpft das Zentrum gegen Westarp.

Graf Westarp hat in Rostock eine Rede gehalten, in der er nicht nur den deutschen Nationalen Monarchismus von neuem und besonders die untertrieb, sondern auch wieder die heisse Sehnsucht seiner Freunde nach der Macht in Preußen zum Ausdruck brachte, und zwar mit dem abgegriffenen Schlag-wort von der „sozialdemokratischen Mikrowirtschaft“. Darauf ant-wortete nun für das Zentrum die „Germania“:

„Die Redensart von der sozialdemokratischen Mikwirt-schaft in Preußen mag man in den nationalen Proding-blätter passieren lassen. Aber wenn der Führer der deut-schen Nationalen Reichstagsfraktion sie kühn wiederholt, muß man doch darauf aufmerksam machen, daß diese Behauptung gleich-zeitig einen schweren Angriff gegen das Zentrum darstellt, das an der sozialdemokratischen Mikrowirtschaft doch mit-schuldig wäre, wenn eine solche überhaupt be-ständig. In Wahrheit haben sich aber gerade in Preußen die politischen Verhältnisse am ehesten wieder befestigt. Die Mikrowirtschaft ist Preußen wahrlich gut bekommen. Nicht minder gut aber auch dem Reich. ... Besonders in der Außenpolitik hat Preußen immer dem Reich die Hilfestellung geleistet und die Schädigung der Reichs-politik in diesem Punkte zum vielmehr von jenen Ländern, in denen die Deutschenationalen ein maßgebendes Wort mitsprechen könnten.“

Das Zentrumsbüro nimmt diese Stellung natürlich nicht aus reiner Liebe zur Sozialdemokratie ein. Es glaubt vielmehr, daß es seiner eigenen Partei den besten Dienst leistet, wenn es sich von der einseitigen Hebe der Deutschenationalen gegen Preußen und die sozialdemokratischen preussischen Minister und Beamten fernhält. Das büßt die „Germania“ so aus: „Eine Wahlparole lediglich gegen die Sozialdemokratie wäre eine negative Parole, die für die von Graf Westarp gewünschte Ergebnisse haben würde. Eine geschlossene Front mit den Deutschenationalen, die keinen anderen Schlauch hätten als den gegen die Sozialdemokratie, kommt für das Zentrum nicht in Frage.“

Aus der Zeit des Fähnleins der Sieben Aufrechten.

Karl Liebknechts preussische Parteitagrede. Von Ernst Hamburger, M. d. L.

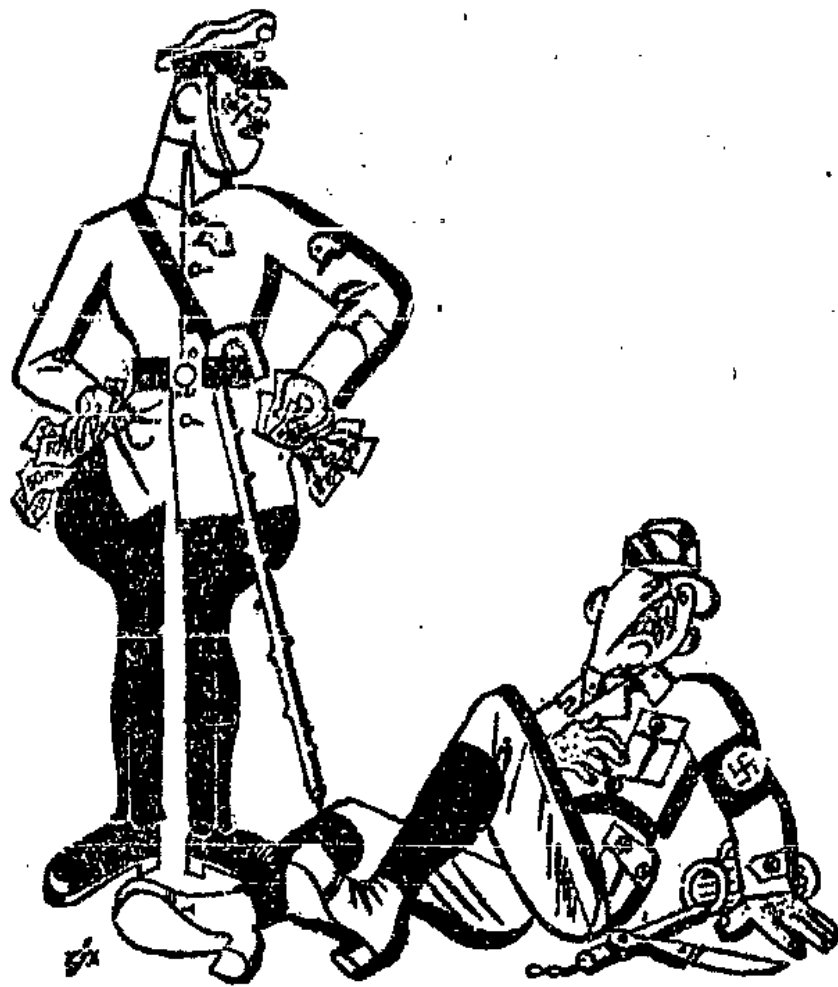
Auf dem Parteitage der Sozialdemokratischen Partei Preußens in Berlin im Jahre 1910 wurde zum erstenmal die Tätigkeit einer preussischen Landtagsfraktion vor den Delegierten unserer politischen Organisation zur Debatte gestellt. Der Parteitag zu Mainz im Jahre 1900 hatte nach vielfährigen Diskussionen, die auf den Parteitagen zu Köln 1893, zu Hamburg 1897 und zu Stuttgart 1898 ausgetragen wurden, beschlossen, daß die Sozialdemokratie in den deutschen Staaten, in denen das Dreiklassenwahlrecht bestand, bei den nächsten Wahlen mit eigenen Wahlmännern in die Wahl-agitation eintreten solle. 1908 zog die Sozialdemokratie mit 7 Mann in das Preussische Abgeordnetenhaus ein. Sie standen 436 Bürgerschaften gegenüber. Ihre Arbeit und ihre Ziele wurden auf dem Berliner Parteitag ausgiebig erörtert. Er nahm außer dem allgemeinen Bericht drei Referate ent-gegen. Heinrich Ströbel sprach über die Wahlrechtsfrage in Preußen, Paul Strich über das Kommunalprogramm und Karl Liebknecht über die preussische Ver-waltung. Das sechsstündige Referat Liebknechts ist sowohl nach der positiven wie nach der negativen Seite noch heute von aktuellem Reiz.

Liebknecht hat die Bedeutung der preussischen Ver-waltung für die politische Entwicklung Preußens und des Reichs voll durchschaut. Er nennt den Kampf um die demo-kratische Verwaltung das Herz- und Hauptstück des Wahl-rechtstreffes. Er ist von ihrer gewaltigen Macht ebenso durchdrungen, wie von der Schwierigkeit, sie zu brechen. Er bezeichnet es als eine Illusion, zu glauben, daß man die preussische Verwaltung in absehbarer Zeit in unserem Sinne reformieren könne. Das Verwaltungsprogramm, dessen Leitfaden er vorlegt, betrachtet er als die Zusammenfassung der Ziele, deren Verwirklichung wir anstreben. Er verspricht sich von ihrer Klarstellung eine Erhöhung des Werts unserer Kritik und unserer Angriffe, ohne sich über die Durchführ-barkeit in naher Zeit Täuschungen hinzugeben. Er bekennet sich auf Grund seiner Kenntnisse und Erfahrungen zu der offensichtlich reformistischen Theorie einer schrittweisen Er-oberung der Macht in Preußen. Seine Gedankengänge — für dieses Gebiet — stehen zu seinem späteren praktischen Handeln in einem Widerspruch entgegengesetzter Art zu dem, den der Sinn für Realitäten den meisten anderen sozial-demokratischen Politikern aufzwingt.

Liebknecht bezeichnet in seinem Referat den Kampf um und gegen die Verwaltung als den wichtigsten Teil des Kampfes um die außerparlamentarische Macht und den Kampf um die außerparlamentarische Macht als das wichtigste Stück des Kampfes um eine wirk-liche Demokratisierung unseres Staats-wesens und um die Schaffung eines wirklich funktionierenden, seiner selbst bewußten und machtvollen Parlaments. Der Kampf um die preussische Verwaltung ist ihm die reu-ktionäre und entscheidende Idee in dem Kampf um die Macht in Preußen und im Reich. Er spricht genial voraus-ahnend das Wort: „Es ist nicht wahr, daß in Preußen die Souveränität der Fürsten, wohl aber ist es wahr, daß die Souveränität der Verwaltung stabilisiert ist wie ein rocher de bronze, aber diesen ehernen Felsen wird das Proletariat untergraben und zu Fall bringen.“ Der lange Kampf, den Liebknecht zur Erreichung dieses Ziels voraussetzt, ist bisher noch nicht entfernt abgeschlossen. Eines der derzeitigen Mittel um seine erfolgreiche Weiter- und Durchführung ist die Be-teiligung an der preussischen Regierung in zwei für die preussische Verwaltung wichtigsten Stellen: in der Leitung der Staatsgeschäfte durch den Ministerpräsidenten und in dem Ministerium des Innern, dessen schändlicher, brutaler und kulturverwüsthender Tätigkeit in der Vorkriegszeit Lieb-knecht den größten Teil seines Referats gewidmet hatte. Die Schlussrede Singers auf dem Berliner Parteitag lehnt es ab, die Mittel und Wege in diesem Kampf im einzelnen festzulegen, und will sie lediglich nach dem Interesse aus-suchen, das die Sozialdemokratie an ihnen hat; sie stellt fest, daß überschäumende Hoffnungen auf die schnelle Erreichung des Ziels nicht am Platze sind. Welche Vorsicht der For-mulierungen im Vergleich zu der munteren Geschäftigkeit, mit der mancherorts in unserer heute so viel schwierigeren Situation eine Festlegung der Taktik auf viele Jahre hinaus angestrebt wird! „Der Schaden seiner Sache am meisten“, ruft Singer unter lebhaftem „Sehr richtig!“ des Parteitages, „der die Bedeutung seines Feindes unterschätzt.“ Die Kenner der preussischen Verwaltung, wie Liebknecht und Singer, haben sich über die Schwere und Langwierigkeit dieses Kampfes Illusionen nicht hingegeben. Wenn man freilich das Bild, das Liebknecht von der Verwaltung der damaligen Zeit und von vielen Einzelheiten entwirft, mit ihrem heutigen Stande vergleicht, so wird man, unbeschadet der Gülle der Kritik, die wir an ihr nach wie vor zu üben haben, ein Gefühl der Befriedigung über die inzwischen erzielten Erfolge empfinden dürfen.

Es ist nicht ohne Interesse festzustellen, wie wenig we-danken sich Liebknecht über den Weg zur Macht in der Verwaltung gemacht hat. Seine Verzicht auf Verwaltungs-reform in Preußen stellen uns lediglich eine fertige Dis-satisfaction vor Augen, die einem geradezu fanatisch

„Ich hatt' einen Kameraden.“



Der erlaubte Stahlhelm- zum verbotenen Hiltmann: Kann dir die Hand nicht reichen, diemell ich eben lad!

Die Handelsausprüche über den Staat für Handel und Gewerbe

drehte sich vor allem um die Frage, wieweit der Staat — also die öffentliche Hand — im Interesse der Gesamtheit in die Interessen der Privatwirtschaft eingreifen dürfe. Selbstverständlich vertreten die zu Wort gekommenen Redner der bürgerlichen Parteien den Standpunkt, daß der Staat sich gegenüber der Privatwirtschaft äußerste Beschränkung auferlegen müsse.

Hg. Osteroth (Soz.) stellte dagegen als Ziel der modernen sozialistischen Bewegung die Vergesellschaftung der Produktionsmittel in den Vordergrund. Im Interesse dieser Forderung müsse die großzügige Staatswirtschaft, die sich in der staatlichen Elektrowirtschaft zeigt, begrüßt werden. Die Konzernbildung nach amerikanischem Muster liege durchaus nicht im Interesse einer gesunden Volkswirtschaft. Die Rationalisierung, die im Endzweck nur der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft dienen sollte, habe vielfach die Lebensinteressen der Arbeiterschaft völlig außer acht gelassen. Um so mehr seien jetzt sozialpolitische Forderungen zu ziehen, für die das vom Reichstag verabschiedete Arbeitszeitgesetz nur ein kümmerlicher Befehl sei.

Handelsminister Dr. Schröder sprach vom „Gesundungsprozeß“ der Wirtschaft, an dem besonders Kohlenbau, Eisen- und Textilwirtschaft beteiligt seien. Das läge auch in dem Rückgang der Erwerbslorenziffern deutlich zum Ausdruck. Entscheidend sei die Kräftigung des inneren Marktes durch Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung. Die Besserung der Außenhandelsbeziehungen, insbesondere eine Herabsetzung der Zölle zwischen Deutschland und Frankreich, müsse mit allen Kräften angebahnt werden. Der Minister sprach sich schließlich auch für eine Vermehrung namentlich der weiblichen Gewerbeausprüche aus. — Die Ausprüche werden am Dienstag, den 10. Mai, fortgesetzt.

Zwei angebliche „Landesverräter“ müssen aus der Haft entlassen werden.

Die am 2. September vorigen Jahres unter dem Verdacht des Landesverrats verhafteten Assessor Dr. Diez und Studienrat Dr. Goldmann, die an der Aufhebung der Claß'schen Rüstpläne beteiligt waren, sind auf Anordnung des Oberreichsanwalts aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Von unterrichteter Seite wird dazu mitgeteilt, daß Dr. Diez vor vierzehn Tagen eine Strafanzeige gegen den früheren deutschnationalen Landtagsabgeordneten B a c m e i s t e r wegen Attentatsversuchs, Attentatverdacht und Meineids erstattet hat. Dieh hat außerdem zu Protokoll gegeben, daß der jetzige Reichsjustizminister H e r g t und noch eine andere hochgestellte Persönlichkeit von den Mäzen des Justizrats Claß gegen den jetzt ein Herbergsverwahrer schwebt, gewußt haben soll. Außerdem hat Dr. Goldmann Strafanzeige gegen den Untersuchungsrichter S a f i n s wegen Verletzung des Kernschutzes erstattet.

Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. S. Cole und Margarete Cole. Autorisierte Übersetzung von Mathilde Weitzheim.

„Geld für Geld, so erzählt Jas, habe ihm Culppepper den ganzen Schatzverhalt entlockt. Er mußte ihn preisgeben, um ihm den Mund zu schließen, Culppepper begann ihn sofort zu erpressen, ja, machte ihm das Leben zur Hölle.“

„Ich leugne. Es ist eine ungeheuerliche Erfindung,“ versicherte Jas Culppepper.

„Ich wiederholte hier bloß Pasquett's Angaben,“ fuhr Arthur fort. „Pasquett also berichtet mir, daß Culppepper ihn zu überzeugen versucht habe, daß er ein viel zu gefährliches Spiel spiele. Er müsse nachrechnungen auch von anderen erhalten werden und sein Betrag läge auf. Aber Culppepper war nicht der Mann, eine detaillierte Möglichkeit zur Berechnung fähig zu sein. Er war es, der den Plan ausarbeitete, welchen Jas mit ihm in Cugden's Hotel zur Ausführung bringen sollte. Als Gegenleistung sollte Culppepper natürlich einen großen Anteil von Jas' Vermögen für seine Hilfestellung erhalten.“

„Aufheißend,“ fiel Culppepper ein, „auch ich hätte Nutzen zu Ende führen, aber, bitte, nehmen Sie zur Kenntnis, Oberinspektor, daß ich gegen jedes Wort protestiere.“

„Gulppepper's Idee ging dahin,“ fuhr Arthur fort, „daß der fahle Jas, da der wahre Jas nicht mehr lebte, sein Testament zu Pasquett's Gunsten hätte aufheben können und seine Verfügung über dieses Geld Jas' Kapital geblieben annehmen, so lange am Leben bleiben würde, bis die Pasquett's Güter erschöpft wären. Er verlangte nur, daß das Testament ihm wie Jas' gleichgültig überlassen sollte, aber Jas sollte ihm die Hälfte des Vermögens geben, das ihm als Gegenleistung für die Aufhebung des Testaments hätte zufließen sollen. Aber der Tod wurde unbedingt erwirkt und das Testament einwandfrei durch Jas' Hände beglaubigt worden.“

„Woher Jas zu diesem Testamente nach London als Jas' Jas' Testament und die Konzession an Jas' Jas' für Jas' Jas' und die letzte Verfügung. Daraufhin er...“

erstattet, wolle dieser die Reichsanwalt H e r g t und W i r t h a u l g n e r bezeugen haben soll. Amlich wird zu den Anschuldigungen des aus der Haft entlassenen Assessor Dr. Dieh gegen den Reichsjustizminister H e r g t erklärt, daß ähnliche Gerüchte schon sehr weit verbreitet worden seien. Die Behauptung, H e r g t sei über irgend welche Hochverratspläne des Justizrats Claß unterrichtet gewesen, wäre frei erfunden.

Der Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten

Begann am Montag mit der dritten Sitzung der Reichsbienstandsausschüsse. Das geltende Dienststrafrecht der Reichsbeamten ist zurzeit in den Paragraphen 72 bis 108 des Reichsbeamtenengesetzes niedergelegt. Als besonders schwer wurde bisher der Mangel erschöpfender Bestimmungen über die Rechtskraft der Entscheidungen und die Unmöglichkeit der Wiederaufnahme des Verfahrens im Sinne der entsprechenden Vorschriften der Strafprozessordnung empfunden. In der neuen Reichsverfassung wurde dann ausdrücklich anerkannt (Art. 129 Absatz 3), daß gegen jedes dienstliche Strafverfahren ein Beschwerdebeweg und die Möglichkeit eines Wiederaufnahmeverfahrens eröffnet sein muß. Infolgedessen wurden die das Dienststrafrecht enthaltenden Vorschriften des geltenden Reichsbeamtenengesetzes nach dem Inkrafttreten der neuen Reichsverfassung in zahlreichen Novellen abgeändert und ergänzt. Die Folge ist eine Unübersichtlichkeit der gesetzlichen Bestimmungen. Diesem Mangel will die gegenwärtig in dritter Beratung befindliche Reichsdienststrafordnung durch Zusammenfassung der einschlägigen Materie abhelfen.

Der Ausschuß nahm nach längerer Beratung den § 1 der Reichsdienststrafordnung in folgender von der ursprünglichen Vorlage ziemlich abweichender Form an:

1. Verletzt ein Reichsbeamter schuldhaft die ihm obliegenden Pflichten, so vertritt er nach Maßgabe dieses Gesetzes wegen Dienstvergehens die Dienststrafung.
2. Er unterliegt den Vorschriften dieses Gesetzes auch wegen eines Dienstvergehens, das er vor Eintritt in den Reichsdienst als Beamter eines Landes, einer Gemeinde, eines Gemeindevorstandes oder einer anderen Körperschaft des öffentlichen Rechtes begangen hat, wenn sich nach dem zurzeit des Dienstvergehens für ihn maßgebenden Rechte und nach Reichsrecht die Beurteilung zu einer schwereren Strafe als Geldstrafe gerechtfertigt hätte.
3. Eine Verfehlung, die vor Eintritt in den öffentlichen Dienst (Absatz 2) begangen wurde, unterliegt dem Dienststrafrecht nicht.

Aus dem Reiche.

Reichstagspräsident Genosse Böbe ist von seinem Kur-aufenthalt nach Berlin zurückgekehrt. Er hat seine Amtstätigkeit bereits wieder aufgenommen.

Tritt Berlin aus dem Städtetag aus? An den Vorstand des Preussischen Städtetages, der zurzeit zu einer Vorstandssitzung zusammengetreten ist, hat Oberbürgermeister B e r g e r Berlin folgendes Schreiben gerichtet: „Die Berliner Städtischen Körperschaften werden aller Voraussicht nach in den nächsten Tagen den Austritt aus dem Preussischen Städtetage beschließen und bezüglich der Mitgliedschaft zum Deutschen Städtetag möglicherweise den gleichen Beschluß fassen. Ich bedaure daher, an der Tagung in Koblenz nicht teilnehmen zu können.“ (Der Städtetag hat nach Ansicht der Stadt Berlin vergeblich versucht, die deutsche Städteinteressen einseitig wahrzunehmen.)

Das Zentrum für Verlängerung des Republikstiftungsgesetzes. Auf dem Parteitag des rheinischen Zentrums wurde zur Verlängerung des Republikstiftungsgesetzes folgende Entschließung angenommen: „In Rücksicht auf die unabwiesbare Notwendigkeit einer zügigen Weiterentwicklung unseres Volkslebens hält der Parteitag die Sicherung der in der Weimarer Verfassung gegebenen staatlichen Ordnung für unerlässlich. Solange die entsprechenden Ergänzungen des Reichsverfassungsgesetzes und des Reichvereinsgesetzes nicht durchgeführt sind, würde eine Beeinträchtigung des bestehenden Republikstiftungsgesetzes Unruhe und Beunruhigung in unser Volkleben hineindringen und unseren kaum gefestigten Staat aufs neue gefährden. Der Parteitag erwartet von der Reichsregierung und dem Reichstag eine Entscheidung, die dieser Sachlage gerecht wird.“ Ob die deutschnationalen Minister sich diesen Ansichten beugen werden und damit auch Wilhelm's Auslandsaufenthalt verlängern?

Die weibliche evangelische Geistliche. Das Kirchengesetz über die Vorbildung und Anstellung der „Pastorin“ wurde gestern von der Generalversammlung in der dritten Sitzung mit großer Mehrheit angenommen. Nach den empfindlichen Beschlüssen des Hauses sollen die weiblichen Theologen bezeugt sein, zur kirchlichen Verkündigung im Kinder Gottesdienst und in Bibelfestungen, zur Lehrfähigkeit an Berufsschulen, zur Seelsorge in der Gemeinde, insbesondere an der weiblichen Jugend, in Mädchenheimen, in den Frauenabteilungen der Krankenhäuser und Gefängnisanstalten, dagegen ist die „Pastorin“ nicht befugt zur pfarramtlichen Tätigkeit im Gemeindegottesdienst, zur Verwaltung der Sakramente sowie zur Vornahme der anderen herkömmlichen vom Pfarrer im Ordne zu vollziehenden Handlungen.

„Einer der vollständig gesponnenen Ränke, Mr. Wharton, der mir je untergekommen ist. Aber die Sonne bringt es an den Tag, trotz Stimmperbandwerk von Polizeileuten, wie Blauke und ich einer sind.“

„Der Oberinspektor, Sie haben es doch tatsächlich herausgefunden“ widersprach Arthur.

„Zu spät, Mr. Wharton, zu spät. Die Vögel sind ausgeflogen. Zumindes haben sie uns nur Mr. Culppepper und Sie im Nest zurückgelassen. Sie sind sich doch wohl bewußt, daß Sie sich des Verdrehens der Vorwürfe schuldig gemacht haben, als Sie Pasquett's Mord unterführten?“

„Ja,“ sagte Arthur kleinlaut. „Ich weiß es. Ich stelle Ihnen zur Verfügung, wann Sie wünschen.“

„Es wird zu etwas beartig Unangenehmen übergehen, werden Sie vielleicht die Güte haben, mir über eine kleine Gelegenheit, die mir noch geblieben ist, hinwegzusehen. Sie haben mir nichts von Lord Calings Brief erzählt.“

„Ich protestiere zum drittenmal dagegen“, sagte Lord Calings.

„Diesbezüglich“, sagte Arthur, „habe ich keine Aussage zu machen, Oberinspektor.“

Witton wandte sich an Culppepper. „Sie haben Mr. Whartons Erzählung mit angehört“, sagte er zu ihm, „und meiner Meinung nach trägt sie unverkennbar den Stempel der Wahrheit. Was können Sie dagegen vordringen?“

„Nichts“, erwiderte Culppepper.

„La moi, l'avocat“, sagte Arthur kleinlaut.

„Nicht?“, fragte Witton. „Nicht einmal etwas über Lord Calings Brief?“

„Wahlan“, begann Culppepper. „Da Sie es wissen wollen, Oberinspektor, so sollen Sie es wissen. Ich werde mich nicht unterbrechen lassen“, fügte er hinzu, als Arthur ihn am Sprechen zu verhindern suchte. „John Pasquett hat einen Brief von Lord Calings, in welchem dieser berichtet, seinen Einfluß auf den Innenminister geltend zu machen, um die Unterbrechung der Regierung bei den Verhandlungen der Anglo-Deutschen mit dem Sowjett zu fördern. Als Gegenleistung für seine Gefälligkeit erlangte er ein großes Paket Gratifikationen an der Konvention. Er behauptete in diesem Brief, diese Verhandlung mit Sir Cecil Stowellin getroffen zu haben.“

„Mit Stowellin vereinbart zu haben?“, fragte Witton ungläubig.

(Fortsetzung folgt.)

Kommissionsarbeit auf der Weltwirtschaftskonferenz.

Genf, 9. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die drei Kommissionen der Weltwirtschaftskonferenz wählten am Montag ihre Vizepräsidenten und Berichterstatter und bestätigte die einzusetzenden Unter- und Ausschüsse. Jedes Land soll nur je einen Vizepräsidenten oder Berichterstatter erhalten. Für die deutsche Delegation ist Herr **Schäfer** zum Berichterstatter der Landwirtschaftskommission gewählt worden. Genosse **Gysi** ist der Handelskommission zugewiesen worden. Auf Antrag der sozialistischen Arbeitnehmergruppen hat der Konferenzpräsident als Sachverständigen für die Arbeitnehmerfragen der Landwirtschaft noch den Reichstagsabgeordneten **Georg Schmidt**, Generalsekretär des Internationalen Landarbeiterverbandes, zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen.

Die Handelskommission begann am Montag nachmittag mit der Diskussion über drei französische Resolutionen und Empfehlungenentwürfe, welche die Handelsfreiheit, die Vereinheitlichung der Warenzeichnisse und die Stabilität sowie die Höhe der Zölle betreffen. Als erster Redner sprach der Schweizer **Dubois**, der mit starkem Nachdruck für eine baldige Herabsetzung der Zölle eintrat. „Das Haus brennt schon“, rief er aus, „und wenn wir noch zehn oder fünfzehn Jahre brauchen, um uns zum Handeln zu einigen, so kann es zu spät sein.“ **Rhynchul** (Australien) führte aus, daß die Handelsfreiheit im Interesse der mächtigen Länder liege; nur sie würden von einer Beseitigung der Zölle am meisten profitieren. Das russische Handelsmonopol bringe keine Handelsbeschränkung mit sich. **Kiedl** (Österreich) unterließ die Schwierigkeiten der kleinen Länder. Insbesondere möchte er prüfen, ob künftig nicht kollektive Zollvertragsverhandlungen von größerem Vorteil wären. Der folgende Redner, Staatssekretär **Trenbelenburg** führte aus, daß an eine konstruktive Arbeit für die Zukunft herangegangen werden müsse. Die Ursachen des Protektionismus müßten festgestellt und beseitigt werden. In den französischen Entwürfen riefen die Vorkämpfer über die nationale Sicherheit und Souveränität der Staaten, sowie deren lebenswichtige Wirtschaftsnotwendigkeiten schwere Bedenken hervor. Zum Schluß begrüßte der Redner die Gelegenheit, mit den Russen international verhandeln zu können.

Der Engländer **Balfour** erklärte sich bereit, zu prüfen, wie die Zusammenarbeit zwischen den kapitalistischen und dem sozialistischen Weltmonopol möglich sei, wobei er zahlreiche Bedenken über das russische Handelsmonopol äußerte. Darauf antwortete sofort in längerer Rede **Ostinski** (Rußland). Das russische Handelsmonopol könne nicht mit den hohen Zöllen anderer Länder verglichen werden; es bilde ein wesentliches Stück der russischen Gesamtwirtschaft. Für den ausländischen Handel bilde das Handelsmonopol eine vermehrte Sicherheit. Rußland könne auch aus eigener Kraft sich aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herausarbeiten. — Damit ist die allgemeine Aussprache in der Handelskommission beendet. Am Dienstag beginnen die Beratungen der drei Unterausschüsse.

In der Industriekommission richtete der französische Großindustrielle **de Beperimhoff** an die Arbeitervertreter den Appell, an der wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mitzuarbeiten, worauf Genosse **Jouhaux** antwortete, daß das von jeher geschehen sei; aber es müßten auch die berechtigten Ansprüche der Arbeiter erfüllt werden. Den Schluß der Sitzung bildete eine Rede der Genossin **Frau Freundlich-Wien**, welche die Wandlung des Kapitalismus in den letzten sechs Jahren darlegte und von der Wirtschaftsrationalisierung die Erwartung aussprach, daß sie eine bessere Beschäftigung zwischen Produzenten und Konsumenten herbeiführen müsse.

In der Landwirtschaftskommission wurde den ganzen Montag über in der Hauptsache über die landwirtschaftlichen Kreditfragen gesprochen, ohne dabei zu positiven Ergebnissen zu gelangen.

Die Solden des oberschlesischen Polen-aufstandes enthüllen sich gegenseitig.

Mancher unserer Leser erinnert sich vielleicht noch daran, daß während des sogenannten Polen-aufstandes gegen die Interalliierte Kommission in Oberschlesien als Kommandant der polnischen „Insurgenten“ ein gewisser „**Nowina-Dolna**“ getätete, von dem bald bekannt wurde, daß er seinem richtigen Namen nach ein Graf **Wajęsus Wielecynski** war, der wegen seiner angeblichen Neigung zur polnischen Linken den oberschlesischen Arbeitern auch als „der rote Graf“ vorgestellt wurde. Graf **Wielecynski** arbeitete damals engstens mit **Korfanty** zusammen, der ja um diese Zeit noch als „Diktator“ im oberschlesischen Polenlager waltete und daher wohl auch selbst den Grafen zum „Höchstkommandierenden“ im sogenannten belitten Aufstand ernannt haben dürfte. Inzwischen haben sich bekanntlich schon unkritischer zu sein pflegen als in Warschau und Krakau, von die polnischen Linken auch in Oberschlesien, wo sie immer **Korfanty** wegen seiner dunklen Verquickung politischer und privater Geschäfte losgelagt. Auch **Wielecynski** gehört heute zum **Blisudski-Lager**, von dem die Richtung des Rattowitzer Geschäftsmachers bekanntlich ausging. So ist es nicht verwunderlich, daß seine „Erinnerungen“ an die Aufstandzeit, die er jetzt veröffentlicht, für seinen ehemaligen Freund **Korfanty** nicht gerade günstig ausfallen.

Aber **Korfanty** nennt sich zwar einen „christlichen Demokraten“, ist jedoch nie ein Befolger der Lehre gewesen, daß man dem Feinde auch die andere Wade hinhalten soll. In der ihm gehörigen Rattowitzer „**Polonia**“ veröffentlicht er vielmehr Gegenenthüllungen, in denen nun **Wielecynski** als eifriger Zeigling hingestellt wird, der möglichst fern von der „Front“ blieb und übrigens 1914 noch deutscher Kriegsfreiwilliger gewesen sei. Nur er, **Korfanty**, habe durch seine diplomatischen Beziehungen schließlich den Aufstand gereizt.

Dieses als Selbstlob gedachte Geständnis **Korfantys** entspricht, wie der Rattowitzer sozialdemokratische „**Volkswille**“ feststellt, höchlich den historischen Tatsachen. **Korfantys** enge Zusammenarbeit mit dem von **Marshall Foch** nach Oberschlesien entsandten Vorsitzenden der Interalliierten Kommission, **General Le Rond**, ist ja damals auch den Deutschen in Oberschlesien nur zu deutlich sichtbar geworden. Politisch interessant ist eine Feststellung, in der **Korfanty** und **Wielecynski** übereinstimmen: daß nämlich der damalige polnische Staatschef und heutige Ministerpräsident **Pilsudski** ein Gegner des Aufstandes gewesen sei. Wir haben unbeschadet der kritischen Stellungnahme zu **Pilsudskis** polnischer Innenpolitik immer wieder darauf hingewiesen, daß er in der Frage des Ausgleichs mit den Deutschen nicht den polnischen Sozialisten stets die verhältnismäßig vernünftigsten Ansichten hatte, so daß die Unterföhlung seines Gegners, des gefähigsten Deutschenfeindes **Korfanty** durch die in gleicher antisozialer Einstellung mit ihm einigen oberschlesischen deutschen Schwerindustriellen vom Standpunkt des Deutschtums aus immer sehr bedenklich war.

Erweiterung des österreichischen Bürgerblocks.

Wien, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen der Regierung mit dem Landbund haben dessen Bereitwilligkeit zum Eintritt in das Kabinett ergeben. Als Kaufpreis erhält der Landbund nicht das von ihm geforderte Landwirtschaftsministerium, sondern den Staatssekretär in diesem Amt. Außerdem soll er noch einen Minister ohne Ressort stellen und an den verschiedenen Länderregierungen beteiligt werden.

Der neue französische Zolltarif.

Ein französischer Mitarbeiter schreibt uns: Am Dienstag wird die französische Kammer wieder zusammengetreten. Die Tagesordnung sieht eine Reihe wichtiger Gegenstände vor, so z. B. die Verschärfung des staatlichen Zündholzmonopols an den Schwedentrust und den Entwurf eines neuen Zolltarifs.

Von größtem Interesse wird natürlich die Behandlung der Zollfragen im französischen Parlament sein. Auffällig war, daß die französische Presse sich bisher gegenüber den Zollprojekten der Regierung äußerst schweigsam verhalten hatte. Hier ist seit kurzem eine Aenderung eingetreten. Wenigstens hält es in der Presse seit einigen Tagen von heftigen Protesten gegen die „chinesische Mauer“, wie man den neuen Zolltarif bezeichnet, wider.

Die Zahl der Positionen ist in dem neuen Tarif von 3000 auf 8000 erhöht worden. Ist diese Differenzierung für den Laien von vornherein undurchdringlich, so war auch die Zollkommission der Kammer gezwungen, ihn im Schnellzugtempo durchzuberaten, so daß kaum an den Versuch zu denken war, einschneidende Aenderungen in ihm vorzunehmen. Da die Regierung sich mit der Absicht trägt, den neuen Zolltarif schon in Rücksicht auf die deutsch-französischen Handelsvertrags-Verhandlungen bis spätestens Ende Juni anzunehmen zu lassen, wird sich auch die Kammer vor die Notwendigkeit gestellt sehen, ein jeder sachlichen und gründlichen Prüfung der Vorlage hinderliches Sturmtempo anzuschlagen.

Ob das Spiel der Regierung geeignet ist, den französischen Zolltarif, der im Dunkeln der Büros geboren wurde, ohne großen Widerstand der Kammer durchzusetzen, erscheint aber sehr zweifelhaft. Jedenfalls hat der Vorstand der französischen Sozialistischen Partei auf Vorschlag **Léon Blums** beschlossen, eine außerordentliche Sitzung des Parteiausschusses und der Kammerfraktion für den 6. Juni einzuberufen. Er soll eine Prüfung des Zolltarifentwurfs vornehmen und vor allen Dingen seine Auswirkungen feststellen, wobei die Rückwirkungen des Tarifs auf die deutsch-französischen Handelsvertrags-Verhandlungen besonders berücksichtigt werden sollen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der Wojewode von Polen hatte wegen der unklaren Streitigkeiten der politischen Gruppen Polens am Nationalfesttage seine Demission eingereicht. Die Regierung hat aber die Demission nicht angenommen und **Wojewode Bniniski** bleibt somit im Amt.

Eine faschistische Forderung. Der Faschio der norditalienischen Stadt **Torrea** hat in einer an die vorgelegten Instanzen der faschistischen Partei gerichteten Resolution gefordert, daß bei Faschisten die Wortkräften wegen gemeiner Verbrechen gelöst würden. Eine bessere Selbstcharakteristik des Faschismus ist kaum denkbar.

GUTES besteht, SCHLECHTES vergeht!



Die Kunst der Fälscher hat es vor einiger Zeit für gut befunden, unserer OVERSTOLZ ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Da diese „ehrsame“ Gilde nur Gegenstände von besonderem Wert ihres „tätigen Interesses“ für würdig erachtet, bedeuteten ihre Bemühungen eine unbeabsichtigte Anerkennung für die Güte unserer OVERSTOLZ.

Durch das gleichartige Aussehen der Zigaretten mag es wohl einmal gelingen sein, einige Raucher zunächst irre zu führen, doch konnten die Fälscher ihren Fabrikanten nicht annähernd die Qualität der echten OVERSTOLZ geben. Alle Versuche, auch die Mischung nachzuahmen, mussten scheitern, denn ein jahrelanges Fachstudium gehörte dazu, dieses Kunstwerk an Geschmacksharmonie entstehen zu lassen.



Die stark übertriebenen Presse-Meldungen haben vielleicht manchem Raucher die Befürchtung nahegelegt, er könne beim Einkauf gefälschte OVERSTOLZ-Zigaretten erhalten. Zu dieser Besorgnis ist jedoch kein Grund vorhanden. Unsere Feststellungen sowie die Nachprüfungen der Behörden haben ergeben, daß die Fälschungen unserer OVERSTOLZ schon seit Monaten vom Markte verschwunden sind. Sämtliche

OVERSTOLZ

Zigaretten, die jetzt angeboten werden, sind durchaus echt und haben die un-nachahmliche Qualität, welche diese Marke zur MEIST-GERAUCHTEN Zigarette aller Preislagen machte.

Gaus Penning
O.B.G.

Stadttheater
 Dienstag 7 Uhr:
"Don Juan"
 Mittwoch 8 1/2 Uhr:
 Donnerstag 8 Uhr:
Volksoper
 In vollständiger
 Neueinführung
**"Wenn ich
 König wär"**

Liebig-Theater
 Tel. Stephan 34646
 Kurbis 15. Mal einschließl.
 Täglich 8 Uhr:
**Der sensationelle
 Erfolg des Mal-
 Varieteprogrammes**
 Billige Eintrittspreise
 von 50 Pf. an.
 Vorverkauf ununterbrochen
 an der Theaterkasse
 u. Vork.-B. Barasch.

Schauspielhaus
 Operettenbühne.
 Tel. Stephan 36300
 Täglich 8 Uhr
 Der glänzende
 Operetten-Erfolg!
**"Jugend
 im
 Mai"**
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
**"Das
 Dreimäderlhaus"**

Schau-Arena
 Circus Busch 8 Uhr:
 Sport - Kino
 Varieté - Theater
 von 50 Pf. an.
 tritt 25 bis 1 Parkett

Viktoria-Theater
 5 1/2 Uhr
 Jugendl. vorber.
**Dirnen-
 Tragödie**
 3 Akte von W. Braun.

Lobe-Theater
 Tel. Rina 6774
 Dienstag, Mittwoch 8 Uhr:
"Spiel im Schloß"
 Mittwoch, nachm. 4 Uhr:
 Kleine Preise!
**"Die deutschen
 Kleinstädter"**
Thalia-Theater
 Tel. Rina 6700
 Dienstag, Mittwoch,
 abends 8 Uhr:
"Die Mitschuldigen"
 Darauf:
"Der zerbrochene Krug"

Zur Alltags
 und Matrizen, die
 innerhalb 14 Tagen
 nach Ablauf des
 Auftrages nicht
 abgeholt, kann eine
 Gewähr für Aufbe-
 wahrung nicht über-
 nommen werden.
**Berlag
 der
 Volkswacht**

2 Konzerte
**Gesangverein österreichischer
 Eisenbahnbeamten aus Wien**
 (entwähnt in der Deutschen Zeitung)
 (Wien, Dresden, Berlin, Breslau, Neudorf)
 Freitag, den 13. Mai, abends 7 Uhr
 St. Maria-Magdalenenkirche:
Kirchenkonzert
 (zu wohltätigem Zweck)
 Solist: Konzertführer Alois Doppler-Wien
 Umpfänger 1.00 Pf., alle übrigen Plätze 0.50 Pf.
 Sonnabend, den 14. Mai, abends 8 Uhr
 großer Konzertsaal:
Hauptkonzert
 unter Mitwirkung der Staatsopernsängerin
 Luise Helldorfer-Wien und des Opernsängers
 Otto Wachs-Wien
 (österreichischer Komponistenabend)
 Karten zu 3.00, 2.00, 1.50 u. Sitzplätze zu 1.00 Pf.
 Galmayer, Schweininger Straße,
 Gartenstraße (Konzertsaal) und Abendkasse

Leihweise elegante
**Rad- und
 Smoking-
 Anzüge**
**Fräulein
 A. Patalong**
 Schnellreißer
 Sijhoffstraße 3.
 Gestaffelte Karren-
Fahrräder
 Gummi, Zubehör billig.
 Damenräder mit Freilauf v.
 65 Pf. an. 8670
 Geyer, Freiburger Straße 16
 Ecke Hauptstraße.
**Druckerei
 Volkswacht**
 fertigt
 moderne Drucksaßen:
 Breslau 2, Flurstr. 4/6

Schlechtes vergeht, Gutes besteht!
**Dein Festerabend soll froh sein,
 für Dich und die Deinen**
 Dafür sorgt die
No-Va-Co
Morgen Mittwoch, den 11. Mai, abends 8 Uhr
 im Gewerkschaftshaus.
Das neue Sensations-Programm! 11 Schlager.
Kommen! Sehen! Staunen!
 Trotzdem unsere kleinen Preise: I. Pl. 60 Pf., II. Pl. 40 Pf.
 7760
Die Notstandskommission.

Altdutsche Bierstuben
 Neudorfstraße 3, Ecke Gartenstraße
 Gediegene Ausstattung
 Angenehmes Familienlokal
Gute preiswerte Küche
 Kleines Menu 1.00 Großes Menu 1.50
 Jeden Mittwoch u. Sonnabend Eisbeine
Spezial-Ausschank:
Bamberger Hofbräu: Schoppen 35 Pf.
Stieglitz Pilsener: Schoppen 30 Pf.
Engelhardt hell: Schoppen 25 Pf.
**Sachlich anerkannte Qualitäts-
 marken zu Originalpreisen**
 Ökonom: August Wengel
 Fernruf: Stephan 34444.

Gefallen
 ist die Getränkesteuer
Gefallen
 sind unsere Preise
 direkt aus der Fabrik
 ohne jeden Zwischenhandel geben
 wir auch an Privatpersonen ab
 Wir unterhalten
 5 vornehme Verkaufsstellen
keine Desfillen
Vom Faß ein voller Liter

Breslauer Mark 1.35
 Weinbrand-Verschnitt Mark 2.50
 in Flaschen einsch. Glas
 Weinbrand-Verschnitt 2.20
 Weinbrand* 3.00
 Weinbrand** 3.50
 Weinbrand*** 4.00
 Weinbrand**** 5.00
 aus französischen Weinen und deshalb
 dem französischen Cognac ebenbürtig
 & **Reisewerke**
 in Likören
 per Flasche 2.60 und 3.20
 Blau- u. Goldorange Sherry-Brandy,
 Allsch, Goldwasser, Cognac,
 Stenadorfer, Abtal, Pränalle, Rosen,
 Bergamotte
 und alle anderen Sorten
 Pr. 96°/Alkohol per Liter 4.70
 Nimmersatt per Liter 1.65
 Dampf-Desillierwerk 7757

Herzberg & Co.,
 Goldschm. 48 Bismarckplatz 20
 Michaelstr. 3 Meierstr. 64
 Leinwandstr. 10

Benutze die Budikarte

Für 50 Pf. wöchentlich
 besorgt Du Dir gratis Schokolade
 aus dem besten Vert. erhalten
 Wende Dich sofort an

**Presson
 G.m.b.H.
 Wäldschmidt**

**Unsere billige
 Werbe-Waare**

dauert fort.

**Tägliche Bedarfsartikel
 gut und billig!**

Besichtigen Sie unsere Schaufenster!



**"Blütenweisse
 duftige Wäsche
 mit
 Bienenseife
 Excellent!
 60 g**

General-Vertreter: H. Hartmann Breslau, Rosenthalerstraße 14
 Tel. Ohle 5992.
 Generalvertreter: H. Hartmann, Breslau, Rosenthaler Straße 14
 Telephon Ohle 5992.

**Zigaretten mit echtem Stroh-Mundstück
 5-10 Pf.**
Persimmon 8 Pf.
 weltberühmt

**Patent
 Strohalm Zigaretten
 8 Pf. Anhuri Shu 10 Pf.**
 L. Przedocki, Breslau II, Bala W. A. Poczta 45/46
 Sitzmehaus gegründet 1860

**Patent
 Zigaretten Kork-, Gold-, ohne Mundstück,
 3-6 Pf.**
Bairam
 hervorragende Qualitäten.
 7754

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 10. Mai.

Adoptivfinder.

Sehr häufig erscheinen in den Tagesblättern Annoncen... Kind als eigen gegen einmalige Abfindungssumme anzunehmen.

Bei der Ausfindigmachung solcher Kinder bedienen sich reelle Leute meist der Mithilfe der auf Grund des Reichs-Jugendwohlfahrtsgesetzes...

Diejenigen Menschen aber, denen es nur daran liegt, eine Abfindungssumme zu erhalten und die sehr wohl wissen, daß die Jugendämter ein wachsam Auge für geldbedürftige Adoptivkinder haben...

Sehr häufig hat der Vater eines unehelichen Kindes an dessen Mutter einen größeren Betrag gezahlt, in der ausgeprochenen Erwartung, daß sie ihr Kind von fremden Leuten adoptieren lassen und ihn dann nicht als Vater bezeichnen werde.

Das Kind wird in der ersten Zeit auch gut gehalten, so daß für die Behörden kein Anlaß zur Beanstandung der Pflegestelle besteht.

Der Geneigte.

Endlich ist der Tage gekommen, an dem ihm der Arzt erlaubt hat, nach langem, schwerem Krankenlager, allerdings vorläufig nur auf eine halbe Stunde, wieder aufzustehen.

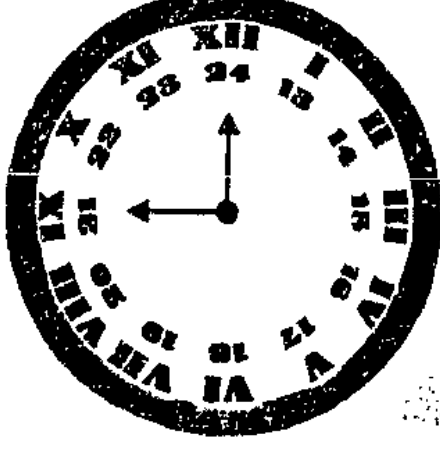
Die Schwester kommt mit einem blaugefärbten Krankenanzug über dem Arm: „Na, da wollen wir es einmal probieren.“

Der Kranke sieht wohligh und warm in seinem Stuhl. Er blickt in den großen Garten hinab und kaut. Was für ein Leben! Der Tag, an dem man ihn herzubrachte, war ein grauer, kalter Wintertag gewesen.

wissen, tun sie es. Schließlich will er wissen, ob er auch nun selber bald wird in den Garten dürfen.

Der neue Fahrplan mit der 24-Stundenzeit.

Wie die Zahlen zu verstehen sind. Der am 15. Mai in Kraft tretende neue Fahrplan hat auf Grund internationaler Abmachungen in allen Ländern Europas die Zeitangabe von 0 bis 24. Sich in diese Neuordnung einzuleben, ist sehr einfach, wenn man beachtet, daß die Zahlen von 0 bis 12 die Stunden von Mitternacht bis Mittag darstellen.



angegebenen Stundennummer abzieht. 18,24 ist also 6,24 Uhr nachmittags, 20,30 ist 8,30 Uhr abends, 23,59 ist 11,59 Uhr nachts.

„Das erwachende China.“

Mit brennendem Interesse verfolgt die Arbeiterschaft der ganzen Welt die Vorgänge in China. Darum geht an die gesamte Breslauer Arbeiterschaft und arbeitende Jugend die Einladung zu dem am Freitag, den 13. Mai, abends 8 Uhr, stattfindenden Lichtbildervortrag „Das erwachende China.“

Für deutsch-polnische Verständigung.

Im Anschluß an die oberösterreichische deutsch-polnische Grenzkonferenz findet heute, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, eine öffentliche Kundgebung statt: „Deutsch-polnische Verständigung.“

Das revolutionäre Wien

und die praktischen Erfolge seiner Tätigkeit, darüber wird uns Montag, den 10. Mai, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, der Leiter des Wiener: Wirtschaftsmuseums, Genosse Dr. Otto Neurath, berichten.

Sachverständigen-Gutachten gegen Arzt-Gutachten.

Eine landwirtschaftliche Arbeiterin erlitt im Jahre 1918 durch Betriebsunfall eine Schnittverletzung des rechten Ring- und Mittelfingers. Nachdem sie anfangs eine Rente von 20 Prozent bekam, wurde diese auf zehn Prozent herabgesetzt.

Funktionäre der S.P.D.

Morgen Mittwoch, den 11. Mai, abends 7.30 Uhr im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses

Wichtige Funktionär-Versammlung

Tagesordnung siehe gestrige „Volkswacht“ Ohne Funktionärsausweis kein Eintritt

mehr alle früheren Arbeiten ausführen könne. Das Gericht zog sich nun zur Beratung zurück die ein überzähliges Ergebnis hatte.

In einem ähnlichen Falle erklärte sich die Berufsgenossenschaft bereit, im Vergleichsweg die Rente weiter zu zahlen, nachdem der Arzt sein Gutachten dahin abgegeben hatte, daß trotz Gewöhnung die Erwerbsfähigkeit vermindert sei.

Nur eine wesentliche Besserung

kann zur Entziehung oder Herabsetzung der Rente berechtigen. Ein landwirtschaftlicher Arbeiter hatte im Jahre 1922 einen Unfall erlitten, der eine Ausrenkung des rechten Schultergelenks zur Folge hatte.

Stiftungsfest des Blindenvereins „Eintracht“.

Der Blindenverein „Eintracht“ zu Breslau beging am Sonnabend im Konzerthaus Wappenhof sein 31. Stiftungsfest, das einen recht guten Besuch aufwies.

Die Flucht aus der Reichswehr.

Der I. Strafsenat des Oberlandesgerichts Breslau verurteilte den 25 Jahre alten Schweizer Willi Krehl wegen Betrags militärischer Geheimnisse zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und den 23 Jahre alten Arbeiter Richard Hesse wegen der gleichen Straftat zu drei Jahren vier Monaten Zuchthaus.

Ein unverbesserlicher Fahrraddieb.

Vor der Großen Strafkammer, als Berufungsinstanz, hatte sich der Herr Karl Gafert wegen Fahrraddiebstahls zu verantworten. Er war vom Großen Schöffengericht zu einem Jahre, sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

Spenden-Anzeigen

Am 8. Mai, früh 4 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden mein lieber, guter Mann, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

Robert Stock

im Alter von 56 Jahren.
Um stille Teilnahme bittet
Kleinfelder!, den 10. Mai 1927
Im Namen aller Hinterbliebenen
Ww. Auguste Stock
sch. Pionier.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus. 131 b

GEBLIRTS-VERLOBLINGS- HOCHZEITS-TODES-

ANZEIGEN

liefert schnell die
Volkswacht-Buchdruckerei
Flurstraße 1/6, Fernruf Ring 1206 u. Ohls 5973

Danksagung.

Für die vielen beweis herzlicher Teilnahme sowie die überaus reichen Kranzspenden beim Heimgange meines lieben Gatten unseres Vaters sagen wir allen Verwandten und Bekannten, der Direktion und Kollegschaft der Engelhardt-Brauerei und des Lebensmittel- und Getränke-Arbeiter-Verbandes unseren herzlichsten Dank.

Zindei, Kreis Breslau
Im Namen der Hinterbliebenen:
Anna Guhr
und Kinder

Weg mit dem Strohsack!

3teilige, spiralgefederte
Polsiermattzen
per Bett **6.00 Mk.**
solange Vorrat 7720

Eisenlager Nikolaistadtgraben 3/4.

Schlafzimmer

Speise- und Herrensiumer 7703
bei 30.- bis 50.- RM. monatlich ohne Anzahlung
Gepl. Anfr. erbet. u. V 300 Schließfach 29, Breslau 5

Die „Frauenwelt“ den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau
des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
Zu bestellen bei allen Zeitungsausträgern.

Ein neuer
Jack London
Jerry
der Insulaner

Frank Thies: „Dieses Werk hat mich in einem Maße menschlich bewegt wie kein anderes Buch des großen Amerikaners. Diese Odyssee eines Hundes hat wirklich etwas vom Blute Homers. Es ist ein überreiztes, in seiner grandiosen Einfachheit und künstlerischen Geschlossenheit des Stoffkreises klassisch zu nennendes Epos. Die Gestalt dieses irischen Terriers Jerry ist ein Meistersstück dichterischer Versenkung in die Seele einer andern Kreatur. Der Roman zeigt nicht nur die Löwenpranke eines großen Künstlers, sondern er legt das Herz eines liebenden Menschen bloß. Und darin liegt für mich das Geheimnis seiner suggestiven Wirkung.“

Bereits früher sind folgende Bände erschienen und lieferbar:
König Aikohol
Autobiographischer Roman
Abenteuer des Schienenstranges
Transfahrt durch Nordamerika
Der Seewolf
Roman
Südseegeschichten
Erzählungen
In den Wäldern des Nordens
Aus der Goldgräberzeit

Jeder Band **nur 4.-**
in Ganzleinen

Volkswachtbuchhandlung

Modernes Antiquariat
Knee Graupenstr. 5 und Neue Taschensstr. 11



1/2 kg
nur
50 Pf.

Wir brauchen keine Butter mehr
sagen die Hausfrauen welche

Rama
MARGARINE
butterfein

verwenden.
Die Qualität siegt!

Beim Einkauf
Kinderzeitung, Die Rama-Post vom kleinen Coco
oder Die Rama-Post vom lustigen Pips gratis



Ab 15. Mai
gilt die

24 Zeit

Beilen Sie sich und lassen
Sie rechtzeitig das
Zifferblatt
Ihrer Uhr abändern.

Ab **Mittwoch** können Sie es
durch einen Spezialisten bei uns
in wenigen Minuten machen
lassen. — Pro Uhr **50 Pf.**

Im Leserraum 2. Etage
von 9—1 und 2—6 Uhr



Kola-Stuvkamp

hergestellt aus edelster afrikanischer Kola-
nuss, lassen sofort jedes Gefühl von Ermü-
dung und Erschlaffung verschwinden. Un-
entbehrlich für jeden Sporttreibenden
und Geistesarbeiter.



Stuvkamp-Salz

reingt das Blut von schäd. Ablagerungen,
sorgt für normalen Stoffwechsel, unterstützt
die inneren Organe in den natürlichen Funk-
tionen und erhält dadurch den Menschen
jung und leistungsfähig

Es gibt keinen toten Punkt

Original-Flasche zu RM. 2.- und RM. 3.- in Apotheken
und Drogerien

Malerarbeiten

Zimmer von 15 Qm., Küche
mit Oefenofen von 12 Qm.,
Quadratmeter Fußboden von
50 Pf. an. Offert. unt. A. 15
an die Geschäftsstelle d. 3tg.

Sehweile elegante
**Grad-u. Rod-
Anzüge**
Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, L. Tel. R. 1301
früher Albrechtstraße.

Anzug-Zutaten

4 bis 12 Mt., Rittler Mt. 48
bis 9 Mt., Velwand Mt. 35
Pf. bis 1.20 Mt., Hermel-
falter Mt. 48 Pf. b. 1.40 Mt.,
Farn 1000 Mt. 25—70 Pf.,
Seigern 20 Gramm 10 Pf.,
Wahl-Schneiderei 100 Paar
2.00 b. 8.00 Mt., Knöpfe Dgd.
3—10 Pf., Keeseife Regel
13 Pf., Ewalboje 15 Pf.
Detail und Engros

Bertold Lippert
Heinrichstraße 16
Hilfste: Oberstraße 17.

Wohnungen

Wohnreinigung

in best. Hause mit Wohnung,
bestehend in 1 feineren Stub-
1 feinerer Küche, parterre,
in größere Wohnung mit
Wohnreinigung zu vereinbaren
gehört. Offerten unt. A. 16
an die Geschäftsstelle d. 3tg.

Kleine Anzeigen

und komplett gezeigte ein-
spaltige Anzeigen von Ver-
käufen, Kaufgeboten u. a.
nur von Privatpersonen. Wort
3 Pfennige, Zeit 4 Pfennige.

Fahrrad, gut erhalten, ver-
kauft billig, 52 Mark, Goethe-
straße 34, 4. Etg., r. 1326

**Zu der
„Volkswacht“ haben
Stellen-Angebote**

infolge ihrer großen Ver-
breitung in Arbeiter-
kreisen helfen
Gering

Sie müssen

sich über die Jahre 1848/49 unterrichten.
Lesen Sie

1848-1849
Der Geist der Paulskirche

Aus den Reden der Nationalversammlung
ausgewählt und herausgegeben von
Wolfgang Petzet und Otto Ernst Gutter

374 Seiten, 9 Bildbeigaben
gebunden, statt 4.50 Mt. nur **2.25 Mt.**

Volkswachtbuchhandlungen
Neue Graupenstr. 5 // Neue Taschensstr. 11



Ein Kerl, wie ich

besen Vater der Birtel und besen Mutter des Linaud (oder
auch umgekehrt, ganz nach Ihrem Belieben) hat natürlich einen
bestimmten Zweck. Ich habe den Auftrag, Ihnen von der
Kaufzeitung mitzuteilen, daß sie sich Ihren Kerl anschaffen,
wenn Sie den Glandpunkt vertreten, daß Hörschwärzen, Fuß-
schmerzen und Schwerefüße durch entsprechende Einrichtungen
sind, daß durch eine zweckmäßige Fußpflege das Leben viel
schöner, wohlfeiliger und wohlhabender wird und
daß Sie deshalb wütenden müssen.

Schmerz, Hornhaut und Schwielen beseitigt in wenigen
Tagen das steifenfüßigen bewährte Kufel-Körner-
Pflaster, und zwar ohne Schmerzen und ohne Ausbleichen.
Eine Packung kostet nur 25 Pf.

Fußschmerzen und Brennen

der Fuß beseitigt das wühlende Kufel-Fußbad. Es erfrischt
und kühl und die Fuß beseitigt die schnelle Erwärmung.
Wenn Sie es regelmäßig anwenden, kann Ihnen die Fuß-
pflege gehen und stehen, ohne ein Gefühl der Müdigkeit zu ver-
fühen. Sparpackung für 5 Bäder 1 Mark. Probepackung für
2 Bäder 50 Pf.

Die hübschen, leichten Kufel-Einlegesohlen für den Sommer-
gebrauch verhalten das Schuhen des Schwitzes und sind
besonders beim Tragen dünner Strümpfe und bei feuchter
Witterung sehr angenehm. 5 Paar kosten nur 50 Pf.

Alle diese guten Kufel-Einlegesohlen sind in jeder
Drogerie und Apothek erhältlich.

Kufel-Querschnitt Mark Kufel, Groß-Caspe bei Hagenberg.

Bestellort vorwärts: Drogerie Carl Härtel, Boh-
rauer Straße 47; Gloria-Drogerie, Sternstraße 94; Gneisenau-
Drogerie, Gneisenaustraße 4; St. Georgen-Drogerie, Hab-
straße 82; Linné-Drogerie, Kleitschkastraße 22; Opti-
Drogerie, Gahlstraße 87/89; Drogerie zur Post, Post-
straße 9; Reichs-Drogerie, Trebnitzer Straße 46; Drogerie
Oskar Reymann, Neumarkt 18; Drogerie Max Schütz Nachf.,
Klosterstraße 97; Wäldchen-Drogerie, Rosenthaler Straße 16.

Aus Schlessen.

Deutsch-polnische Verständigungskonferenz der Internationalen Frauenliga.

Nationalistische Sprengungsversuche in Kattowitz. Die Grenzkonferenz der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit wurde am Freitag...

Am Abend fand dann im gut besuchten Beuthener Stadttheater die erste öffentliche Kundgebung über die deutsch-polnische Verständigung... Als erste Rednerin sprach in polnischer Sprache Frau Dr. Tyllicka...

Der Sonnabend war zunächst den internen Arbeitsgruppen der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit gewidmet. In ihnen sprachen Frau Doppke...

Der Abend gestaltete sich zu einer ganz gewaltigen Kundgebung in der Beuthener Vorwärtsturnhalle, in der sich über 1000 Menschen versammelt hatten.

Am Sonntag wurden die Arbeitsgruppen in Kattowitz fortgeführt, wo der Saal des kleinen Sejm bereitwillig zur Verfügung gestellt war.

Am Sonntag fanden in einem Teil der Wojewodschaft Kattowitz die Gemeindevorstellungen unter starkem Druck der deutsch-nationalistischen Verbände statt.

Ministerrede in Oppeln. Dr. Stielger über die obereschlesische Landwirtschaft. Der Landwirtschaftsminister Dr. Stielger hat bei seiner Reise durch Oberschlesien in Oppeln anlässlich eines von der Provinzialverwaltung veranstalteten geselligen Beisammensitzens eine Rede gehalten...

Die Klodnitzregulierung im Landtag. Der Abg. Genosse Franke-Oberschlesien hat im Preussischen Landtag folgende Anfrage eingereicht: Die fehlende Klodnitzregulierung oberhalb Gleiwitz hat unhaltbare Zustände geschaffen...

Sind dem Staatsministerium diese Zustände bekannt? Ist es beabsichtigt, die Uebelstände durch Anlegung des Staudekens von Nieder-Sereno zu beheben?

Inzwischen, da der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten durch einen Entschluß den Bau des Staudekens von Nieder-Sereno als nicht geplant bezeichnet hat...

Fahrplankonferenz für den internationalen Güterverkehr.

In Beuthen fand heute eine Besprechung polnischer und deutscher leitender Persönlichkeiten der beiden Staatsbahn-Verwaltungen zur Regelung verschiedener Fragen des deutsch-polnischen Güterverkehrs und seiner Fahrpläne.

Wohin die Prügelstrafe führt.

Das Hindenburg "Volkblatt" berichtet von einem unerhörten Mißbrauch des leider noch bestehenden Züchtigungsrechtes in den preussischen Schulen.

Als eines Tages die biblischen Kenntnisse des Schülers B. verfallen, beabsichtigte der Lehrer Lenzsch von der Halbenstraße, dem Schüler eine Tracht Prügel auf das Gesicht zu verapfelt. Der Schüler bat ängstlich, doch davon abzulassen und erklärte, daß er ein Geschwür am Gesicht habe.

Der Vorfall beweist wieder einmal — wieviel ähnliche Dinge mögen der Öffentlichkeit entgehen — zu welchen erzieherisch höchst bedenklichen Auswüchsen das Züchtigungsrecht in der Schule führt. Ganz abgesehen von dem nicht mehrbaren, doch furchtbaren Schaden des Seelenlebens heranwachsender Menschen...

Schweidnitz. Schneller Tod.

Ein Aufsehen erregender Vorfall ereignete sich auf dem hiesigen Bahnhofe. Als der Zimmermeister Z., der mit einem Zuge angekommen war, auf den Person heraustrat, brach er plötzlich besinnungslos zusammen.

Schnobach. Kr. Vollenhain. Ein merkwürdiges Ei.

Bei dem Landwirt Hermann G. hat eine Henne ein Ei im Gewicht von 155 Gramm gelegt. Erfaulich bei diesem Ei ist nicht das Gewicht, sondern, daß sich in dem Hühnerlei ein vollständiges fertiges neues Ei befand.

Volpersdorf. Kreis Neustadt. Festnahme zweier Deserteure. Zwei Deserteure aus der Infanteriedivision wurden hier dieser Tage festgenommen und dem Gerichtsfängnis in Neustadt zugeführt.

Hirschberg. Segelflug auf dem Riesengebirge. Der Ingenieur Andreesen startete Sonnabend nachmittags mit dem Segelflugzeug „Donnerstag-Club“ an der Prinz-Heinrich-Baude und landete nach einem Flug von etwa einer Viertelstunde glatt auf einer Wiese in Steinheiffen.

Schlesien. „Republikanische“ Reichswehrmusik. Der „Schlesische Volkszeitung“ berichtet ein Leier, daß am vergangenen Donnerstag ein Trupp Reichswehr, nach der alten Kaserne kommend, die Breitenstraße passierte und dabei durch seine Weiser das Kaiserlied „Stolz weht die Flagge Schwarz-Weiß-Rot...“ erkundete.

Grannau bei Ostrik. Das Ortsgesetz über die unentgeltliche Totenbestattung haben die Gemeindevorordneten hier wieder aufgehoben. Der Beschluß wird begründet mit dem Hinweis auf die ungünstige Finanzlage der Gemeinde. Nach dem Ortssteuergesetz sollten die Kosten durch die Zuschläge zur Gewerbesteuer aufgebracht werden.

Abbau. Tödlicher Unfall eines Soldaten. Am Montagabend wurde der Soldat Wagner vom hiesigen Ausbildungsbataillon, der sich auf Wachen befand, in schwerem Verletzungszustande aufgefunden. Dem Soldaten war eine Kugel in den linken Oberschenkel gebrungen, wodurch dieser völlig lähmbar wurde.

Dölan. Eine Rettungsübung der Arbeitssamariter fand Sonntag nachmittags in Dölan statt. Sie wurde von den H. S. Kolonnen Dölan und Ring und der Jugendabteilung der Breslauer Kolonne mit insgesamt 55 Mannschaften und 8 Kindern ausgeführt.

Dölan. Ein Sturzflug. In Dölan stürzte ein Sturzflugzeug auf einer Wiese in der Nähe der Kirche ein. Der Pilot wurde verletzt, die Maschine wurde zerstört.

heiligen Duell. Alle drei trugen blutende Wunden davon. Der Eindringling mußte weichen. Bei dem Kampf fiel auch eine Anzahl von Cern aus dem Nest heraus und wurden zerflört.

Stets in die Drüsenkassette. Unbekannte Täter drangen in das Büro des hiesigen Drüsenkassette, schnitten den Geldschrank auf und raubten rund 1900 Mark. Für die Ergreifung der Geldschranktäter ist eine Belohnung ausgesetzt worden.

Deutchen. Die Gakwirte protestieren. Die Festsetzung der Biersteuer auf 5 Prozent — 7 Prozent des Erzeugerpreises darf sie nach der reichsgesetzlichen Regelung bekanntlich betragen — hat bei den hiesigen Gakwirten eine lebhafteste Protestbewegung ausgelöst.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Brodau. Diskussionsabend der Partei. Dienstag, den 10. Mai, abends 8 Uhr, bei Mendel, Fortsetzung unserer Diskussionsabende. Thema wird dortselbst bekannt gegeben.

Klettenberg. Sozialistische Arbeiterjugend. Wir kommen heute zur Einweihung unserer Sportgeräte um 8 1/2 Uhr auf dem Sportplatz zusammen.

Herrnproß. Der Streit mit der Reichsbahndirektion. Auf unsere Notiz bezüglich der Wege- und Zugverbesserung nahm sich das Verkehrsamt des Magistrats der Sache an. Es erhielt daraufhin folgenden Bescheid: „Eine Befestigung hat ergeben, daß der Weg durchaus den üblichen ländlichen (!) Verhältnissen entspricht.“

Neumarkt. Reichswohnungszählung. Am 16. Mai findet auf Grund des Reichsgesetzes vom 2. März 1927 eine Reichswohnungszählung statt.

Die Durchsicht der Zählung erfolgt mit Hilfe ehrenamtlich hierzu bestellter Zähler. Die Stadt Neumarkt ist für die Zählung in 34 Wahlbezirke eingeteilt. Die Verteilung der Zählpapiere an die zur Ausführung Verpflichteten erfolgt in der Zeit vom 11. bis 13. Mai.

Breslauer Produktenbörse.

Äuflische Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 9. Mai gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kattowitz gilt der Erzeugerpreis) ab sofortiger Verladung in vollen Waggonsladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln und Samen, die sich nach dem Marktstand in Breslau befinden). Tendenz: Gemischt. Steig. — Delizaten: Etwas freundlicher. — Kattowitz: Bei stärkerem Angebot ruhig.

Table with columns for various products like Getreide, Mehl, and Delizaten, with prices listed in Reichsmark.

Spezialartikeln, rote und weiße 4.50 für je 50 kg. Äuflische Notierung für Mühlenersatzmehl (je 100 kg): Mehl (70%) 44.00, Auszugmehl 49.50.

Advertisement for 'Soeben erschienen!' featuring 'Schriften der freien sozialistischen Bewegung' by Dr. Carl Henner. Includes a price tag of 1.00 and a small illustration of a person.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn

Am 12. und 13. Mai finden bei der Reichsbahn wie alljährlich die Neuwahlen der örtlichen Betriebsvertretungen, der Betriebsräte bei den Reichsbahndirektionen und des Hauptbetriebsrats bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft in einem Wahlgange statt.

Die Betriebsrätewahlen gewinnen diesmal eine besondere und erhöhte Bedeutung für das gesamte Personal, ist doch gerade die Lohnbewegung vorüber, die ein nachhaltiges Echo in allen Arbeiter- und Beamtenkreisen fand. Die besondere Note bei dieser Wahl wird in der Antwort der Eisenbahnerschaft auf das Verhalten der Reichsbahndirektion bei den wochenlangen Lohnverhandlungen liegen. Die Reichsbahngesellschaft hat es verstanden, auf Kosten des Personals - unter intensiver Anspannung der Arbeitskraft des gesamten Personals, welche sich auswirkte in der Verlängerung der Arbeitszeit, Verlausulierung der Dienstdauervorschriften usw. - den Jahresabschluss günstig zu gestalten. Sie hat sich jedoch hartnäckig geweigert, den berechtigten Wünschen und Forderungen des Personals Rechnung zu tragen. Das Verhalten der Reichsbahndirektion war die Krönung des sozialistischen Gebahrens in dem verflochtenen Jahre.

Die Antwort der Eisenbahnerschaft wird auslingen müssen in einer nachdrücklichen und ernstlichen Warnung für die reaktionären Kräfte, die in der Reichsbahngesellschaft haften und warten.

Die Eisenbahner, die sich mit großer Mehrheit um das Banner des „Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands“ kümmern, wissen, daß die brutale Rücksichtslosigkeit der Reichsbahndirektion sich viel unheilvoller ausgewirkt hätte, wenn der „Einheitsverband“ dem Borgehen der Reichsbahndirektion nicht entgegenstehenden Widerstand geleistet hätte. Das Ergebnis der letzten Lohnbewegung ist nur eine Etappe in dem Kampfe für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen des gesamten Personals.

Die Eisenbahner wissen auch, daß mit der einmütigen Einmengenabgabe für den Einheitsverband härtester Protest gegen die Zersplitterung der Kräfte und Quertreibereien erhoben wird, die von den kleinen Organisationen, von den christlichen Gewerkschaften bis zu den Kommunisten, in den vergangenen Jahren getrieben worden sind. Die Führer der christlichen Gewerkschaften sind in der Frage der Arbeitszeitverkürzung mit dem Beschäftigtenblock durch die und dünn gegangen; sie sind deshalb in erster Linie für die Beibehaltung des Jahrestages verantwortlich.

Unter dem Banner der Einmütigkeit und Geschlossenheit heißt für alle Eisenbahner der Kampf:

Alle Stimmen dem Einheitsverband!

Kommunistische Verbündigungsstrategie.

Die Berliner „Köte“ flüchtete dieser Tage unter der Ueberschrift „Die Solinger kämpfen weiter“ die Behauptung auf, daß die Solinger Metallarbeiter auf Anweisung des Deutschen Metallarbeiter-Hauptverbandes gezwungen wurden, den Kampf einzustellen. „Es sollte also der Eindruck erweckt werden, als ob der Vorstand des DMB die Vermittlung des Schlichtungstages für die Metallarbeiter in Solingen absichtlich verhinderte.“

Was aber war in Solingen wirklich vorgegangen? Dort hatte im März ein Schlichtungsausschuß einen Schiedspruch gefällt, der über die 48stündige Arbeitszeit hinaus noch fünf Stunden Mehrarbeit wöchentlich ohne Lohnzuschlag vorsehen hatte. Dieser Schiedspruch wurde von den Arbeitnehmern mit Recht als unzulässig bezeichnet. Später hat sich dann allerdings herausgestellt, daß dieser Schiedspruch ein fiktives, also auch mit den Stimmen der Arbeitnehmerbeisitzer, zustande gekommen ist. Zu diesen Beisitzern gehörte auch der Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle des DMB in Solingen. Dieser Arbeitervertreter heißt Kautendach und ist führendes Mitglied der KPD. Diese Tatsache wird allerdings in der kommunistischen Presse der Deutschnation weitgehend übergangen. Im Gegensatz der einstimmigen Annahme des Schiedspruchs mußte nach der Vorstand des DMB erklären, daß mit Rücksicht auf die erfolgte Verbindlichkeitsklärung ein Streit nicht mehr angewendet werden kann. Wenn man also nach einem Schuldigen sucht, so kann es sich nur um den Kommunistenführer Kautendach handeln, der infolge der Interessenlosigkeit und Sammeligkeit des größten Teils der Arbeiter in Solingen noch immer das Amt eines Bevollmächtigten ausüben kann.

Hätte ein Amsterdamer Gewerkschaftsführer einem Schiedspruch wie dem in Solingen seine Zustimmung erteilt, dann würde das Geschrei über „Arbeitererrat“ in der kommunistischen Presse kein Ende nehmen. Da aber ein Kommunist der Arbeitervertreter ist, schweigt man sich über den Schuldigen aus und verdächtigt und verdammt halt dessen absichtlich die Gewerkschaftsführer der Amsterdamer Richtung.

Folgen der Ueberstundenwirtschaft.

Das einzige Gut der Arbeiterklasse ist die Arbeitskraft. Jeder Arbeitnehmer ist gezwungen, sich seine Arbeitskraft möglichst lange in voller Höhe zu erhalten. Leider zeigen die Berichte der Krankenkassen ein weiteres Anzeichen der Unerbittlichkeit. Wir entnehmen aus den Berichten einer Betriebskrankenkasse eines Großbetriebes folgende Zahlen:

	1913	1921	1925	1926
die Zahl der Unfälle	1 403	263	4 384	1 639
die Zahl der Krankheitsstage durch Unfälle	25 510	7 636	51 219	45 613
die durchschnittliche Krankheitsdauer	22 241	40 421	55 037	46 129
Don je 100 Mitgliedern sind verunglückt	3,85	0,51	2,52	3,59

Die durchschnittlichen Krankheitsstage pro Unfallverletzter liegen vom Jahre 1913 von 18,1 auf 27,4 Tage im Jahre 1926.

Mittel Not und Elend aus diesen Zahlen sprechen, braucht nicht besonders betont zu werden. Bemerkenswert ist noch, daß mit dem Steigen der Unfallziffern auch die Zahl der schweren Unfälle zunimmt. Folgen der Ueberstundenwirtschaft.

Zustitz gegen Streik.

Die 4. Zivilkammer des Landgerichts Leipzig hat, wie wir schon mitteilen, der Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Leipzig auf Antrag der Sächsischen Wollgarnefabrik unter Androhung einer Geldstrafe von unbestimmter Höhe oder einer Haftstrafe bis zu sechs Monaten für den verantwortlichen Gewerkschaftsleiter verboten, den seit dem 25. April bei der Firma Littel & Krüger bestehenden Streik in irgend einer Weise weiter zu unterstützen.

Rechtlich begründet das Landgericht seinen Beschluß damit, daß es sich bei dem Streik um eine unerlaubte Maßnahme handle, weil Tarifbruch vorliege, der vom Deutschen Textilarbeiterverband nicht unterstützt werden dürfe. In Wirklichkeit aber handelt es sich um einen Sympathiestreik; denn die Firma Littel & Krüger gehört zum Konzern der Norddeutschen Wollkammerei und Rammgarnspinnerei. In einzelnen Betrieben dieses Konzerns wird bereits gestreikt, weil sie sich den Tarifbestimmungen entziehen. Die Arbeiter der Firma Littel & Krüger glauben deshalb mit Recht, keine Streikarbeit für die bestreikten auswärtigen Konzernfirmen ausführen zu brauchen.

Der Deutsche Textilarbeiterverband hat gegen den Beschluß des Leipziger Landgerichts sofort Beschwerde eingelegt. Ist in dem neuen Verfahren die Verurteilung und das Recht maßgebend, dann kann sein Ausgang nicht zweifelhaft sein.

Ortsausschüßigung

des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

Die am 6. Mai stattgefundene erweiterte Sitzung des Ortsausschusses Breslau des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes mußte sich unter anderem wiederum mit der Besoldungsfrage beschäftigen. Die Wirtschaftslage der Beamenschaft, speziell in den unteren Besoldungsgruppen, hat einen derartigen Tiefstand erreicht, daß unbedingt sofort Abhilfe geschaffen werden muß, wenn weite Kreise der Beamenschaft mit ihren Familien vor dem

völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch bewahrt werden sollen. Es ist unverstandlich, daß wiederum eine Zwangsentscheidung vor der Aussicht gestellter Besoldungsreform rigoros abgelehnt worden ist. Die erneute Erhöhung der wichtigsten Lebensmittel durch die Auswirkungen der Zollpolitik usw. greifen tief einschneidend in die Wirtschaftslage der an sich schlecht Besoldeten und zum größten Teil schon völlig zerrütteten Beamenschaft ein. Hinzu kommt noch, daß unter anderem der Magistrat der Stadt Breslau eine wesentliche Erhöhung der Gas-, Wasser-, Elektrizitäts-, Straßenbahn- und Schulgebühren in der nächsten Zeit einführen will. Auch eine solche Erhöhung belastet den Haushalt der Beamten wiederum erneut auf schwere und muß in Anbetracht der elenden Wirtschaftslage der Beamten in den unteren Besoldungsgruppen streng abgelehnt werden. Es muß von allen Parteien verlangt werden, daß sofort nach Wiederzuzugriff des Reichstages über eine angemessene und sofortige Erhöhung der Beamtengehälter beraten wird und eine solche ab 1. April und sofort zur Auszahlung gelangt. Wir sind aber auch bereit, nummehr für die Durchführung unserer berechtigten Forderung mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu kämpfen, da wir es nicht länger dulden können, wenn man uns und unsere Familien noch weiter in dieser verzweifeltsten Lebenslage vegetieren läßt. Wir gönnen jedem Arbeiter die in letzter Zeit bewilligten Lohnhöhungen, müssen aber verlangen, daß auch unsere tröstliche Lebenslage verbessert wird, zumal die Beamenschaft seit 1924 keine Erhöhung ihrer Gehälter bewilligt erhalten hat. Eine Entschliegung gleichen Sinnes wurde dem Parlamenten und den Abgeordneten übermittelt.

Ein Erfolg der Leipziger Kupferschmiede. Der sechsstägige Kampf der Leipziger Kupferschmiede ist am Montag zugunsten der Arbeitnehmer beendet worden. Der Epochenlohn beträgt mit Wirkung vom 9. Mai pro Stunde 1,33 Mark und vom 1. Oktober 1927 bis 30. April 1928 1,36 Mark. Maßregelungen dürfen beiderseits nicht stattfinden.

Teilstreit und Ründigungen im Leipziger Textilgewerbe. Die Firma Littel & Krüger in Leipzig, die der am 25. April die Abteilung King- und Seltaktor-Spinnerei mit mehr als 300 Arbeitern in den Streik getreten ist, hat allen übrigen Arbeitern mit achtstägiger Frist gekündigt. Die Gesamtarbeiterschaft bei der Firma beträgt circa 2000.

Wirtschaft.

Ein Musterindustrieller.

Auf der Tagung des bayrischen Industriellenverbandes, die am Donnerstag unter Teilnahme der bayrischen Regierung und einer großen Zahl hervorragender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in München abgehalten wurde, verlas der Präsident des Verbandes, Geheimrat Lippart, Direktor der Maschinenfabrik Augsburg-Münchberg, eine Rede, die in ihrem politisch-wirtschaftlichen Teil ein treffendes Beispiel englischen Nationalismus und schamacherischen Selbstbewußtseins darstellt und Zeugnis dafür ablegt, mit welcher Feindseligkeit deutsche Industrieführer der Republik und ihrem künftigen Inhalt gegenüberstehen. Lippart führte unter anderem aus:

Auf wirtschaftlichem Gebiete ist es vor allem das Uebermaß an Steuerlasten, eine unzureichende weit übertragende Sozialpolitik und die Ueberpannung des behördlichen Verwaltungsapparates, die unserer Entwicklung als unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen. Auf politischem Gebiet ist es das alte, deutsche Erbteil der Sonderinteressen der parteilichen und konfessionellen Zersplitterung, sowie die Zunahme des Materialismus, welche uns daran hindern, wieder eine starke und einheitliche Nation mit selbstbewußtem Sinne zu werden. Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918 ist es fast, als ob die Idee des Vaterlandes dem deutschen Volke in seiner Mehrheit verloren gegangen sei. Instatt im Unglück mit uns so enger an das Vaterland anzuschließen, suchte man verzweifelt nach Schuldigen im eigenen Volke, um sie den stolzen Feinden preiszugeben, man vertauschte die freiwillig niedergelegten Waffen schamlos mit Friedensschalmeien, um zur Völkerverführung aufzurufen. Das Ergebnis dieses Verrats am Vaterland war das Berliner Diktat, eine verdiente Strafe.

Wir sind zusammengebrochen, seit das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit sich zur Idee des Vaterlandes, die Bismarck ihm gegeben, nicht bekennen wollte. Dem deutschen Volke ist mit seiner Größe auch die Liebe zum Vaterland eingeschunden. Freilich haben sich hier und da nationale Strömungen geregt, aber sie haben mit Ausnahme der Niederwerfung des landstreichenden Bolschewismus zu einem praktischen Ergebnis nicht geführt. So sind alle nationalen Uebel des Volkes am Ardeis der Führer untereinander, von denen jeder die Vaterlandsliebe für sich allein gepachtet haben wollte, geheitert. Wir haben heute noch keine einheitliche nationale Bewegung, die den größten Teil des Volkes umfaßt. Man kennt vor allem in einem ganz unbedeutenden Teile unserer Arbeiter-Verständnislosigkeit für den Begriff „Vaterland“. Gewisse Arbeiterführer verlangen, die Arbeiter international zu orientieren. Das ist verwerflich. Der deutsche Arbeiter war um seiner Unabhängigkeit und seines Fleisches hoch geschätzt in der ganzen Welt. Er ist ein Hauptfaktor in der Wiederaufrichtung unserer niedergeborenen Wirtschaft. Ohne ihn geht es nicht. Darum ist es von den Arbeiterführern geradezu ein Verbrechen, die nationale Einstellung unserer Arbeiterklasse zu hemmen. Den Schaden werden die Arbeiter selbst zu tragen haben. Ich stelle es als eine erfreuliche Tatsache fest, daß die Bestrebungen der nationalstrebenden Arbeitervereine mehr und mehr an Bedeutung gewinnen.“

Die Vorbeeren, die Generaldirektor Reusch von der Gutehoffnungshütte mit der Etablierung der gegenwärtigen großindustriellen Regierung generalisiert hat, scheinen keinen kleineren Bruder im Daniel-Konzern Lippart nicht lassen zu lassen. Wir erleben infolgedessen das unangenehme Schauspiel, daß der Leiter eines der größten deutschen Maschinen-Konglomerate mit hoffnungslos abgedrohten Phrasen auf in die Zukunft zu tunen treiben geht. Vielleicht ist auch die völlige Verleugnung der ganzen industriellen Frage, wie sie in der Lippart'schen Rede ersichtend zum Ausdruck kommt, die Erklärung, daß die von ihm geleiteten Betriebe sich unlegbar auf dem Arbeitsgange befinden. Im Übrigen aber ist dieser

deutschnationale Industrieller nicht berufen, über verdächtige Politiker der Arbeiterbewegung ein Urteil abzugeben. Verderber befindet sich nicht innerhalb der Arbeiterbewegung, sondern in Kreisen, die mit deutschnationalen Patrioten engste Fühlung haben.

Belger Geist die in München versammelten bayrischen Industriellen beherrscht, geht auch daraus hervor, daß bei den Schlussfaktoren der Jubel-Überläufe von Karl Maria v. Weber, die in die Kaiserhymne ausklingen, sich die Anwesenden einseitig der fünf bayrischen Minister demonstrieren von ihren eigenen erhoben.

Die Steigerung der Getreidepreise

hat sich auch im Monat April fortgesetzt, wie folgende Zahlenzusammenstellung beweist:

	1913	Anfang April 1927	Ende April 1927
Newyork, Weizen in Cts. pro Bushel	104,02	150,25	164,65
Chicago, Roggen in Cts. pro Bushel	66	102,85	107,5
Berlin, Weizen in Mk. pro Tonne	198,90	268-270	292-295
Berlin, Roggen in Mk. pro Tonne	164,90	258-259	269-272

Trotz dieser Steigerung, die sich besonders in Deutschland zeigt, steht der Reichsernährungsminister die Notwendigkeit von Magnahmen für eine Senkung gerade des Roggenpreises nicht ein.

Der Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen

gibt die Einnahmen im Monat April mit 215,17 Millionen Mark an. Damit steigen sich die Einnahmen im dritten Reparationsjahr auf 874,34 Millionen Mark. Unter den April-Einnahmen befinden sich Zinsen der Industrieobligationen in Höhe von 125 Millionen Mark. Nach Abzug der Auszahlungen, wovon im Monat April rund 195,7 Millionen Mark an die Mächte gehen, verbleibt ein Kassenbestand von 19,6 Millionen Mark.


Wann wird ein Zahlungsausschuß für Zölle bewilligt?

Von der Möglichkeit, einen Zahlungsausschuß für Zölle zu erlangen, wird trotz weitestgehender Vorteile von Handelsstreifen verhältnismäßig wenig Gebrauch gemacht. Ueber die Genehmigung entscheidet das zuständige Hauptzollamt, an das Gesuche zu richten sind. Der Antrag hat folgende Angaben zu enthalten: die Zeichnung des Steuerzweiges, für den Ausschub begehrt wird, die Höhe des Betrages, den der Antragsteller als Ausschubsumme beanspricht, eine Angabe darüber, wo der Antragsteller seine Hauptniederlassung und ob bzw. wo er Zweigniederlassungen hat, eine Erklärung, ob und in welcher Höhe dem Antragsteller fortlaufender Zahlungsausschuß bereits bewilligt worden ist, eine Angabe darüber, in welcher Weise der Antragsteller Sicherheit leisten will, ein Verzeichnis der Personen, die berechtigt sind, namens der Firma Ausschubanerkennnisse zu vollziehen, eine Erklärung dahingehend, daß der Antragsteller sich verpflichtet, die gekundeten Beträge nebst Zinsen rechtzeitig zu zahlen und Änderungen in den Rechtsverhältnissen der Firma dem Hauptzollamt rechtzeitig anzuzeigen. Der Zahlungsausschuß erfolgt jeweils für drei Monate; zurzeit betragen die Zinsen jährlich 6 Prozent.

Wasserstand. Als erste der großen Versicherungsgesellschaften teilt der Verlingkongern aus seinem Abschluß für 1926 mit, daß er eine Dividende von 12 Prozent ausschütten wird. Die Vorjahresdividende betrug 10 Prozent.

Wasserstand

	10. Mai	Kaniken (Unter-Regel)	5,12
Kaniken	2,42	Dobnerfurt	4,06
Neße (Stadt) von 6.5	0,16	Abschlagsmenge Istandig	471 cbm
Wassermenge (Unter-Regel)	2,90	Fürstentum von 9.5	2,08
Brieg (Kriegsstrom)	3,85	Baillwaune	+ 15,4
Zweigen	2,80		



Zahnbürsten

Chlorodont

Zahnpaste

Die Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschnitt paßt sich der natürlichen Rundung des Gebisses gut an, dringt in die engen Zahnzwischenräume und entfernt leicht alle Speisereste, den häßlichen Zahnbelag und beginnenden Zahneinstanz. Auch die hinteren Backen- und Weisheitszähne werden durch das halbrunde Borstenschild erfasst und geputzt. Lockere Zähne werden durch gleichzeitige Massage des Zahnfleisches befestigt. — Die Chlorodont-Zahnpaste schon den kostbaren Zahnschmelz, verleiht den Zähnen elkenbeinartigen Hochglanz, bewirkt durch Sauerstoffsalze eine natürliche Mundreinigung und beseitigt üblen Mundgeruch bei reichlich erfrischendem Pfefferminzgeschmack.